



Bundeswehrverband

„Die Soldaten haben in Köln keine Lobby“

Erstellt 31.10.11, 07:00h

Nach der Entscheidung für den Abbau von 2200 Bundeswehr-Dienstposten in Köln kritisiert Andreas Wulf vom Deutschen Bundeswehrverband im Gespräch mit Martina Windrath die Stadtspitze.



Die Lütlich-Kaserne der Bundeswehr sitzt seit 2005 in Longerich. Über die schlechte Anbindung an Bus und Bahn klagen Soldaten. (Foto: Gauger)

KÖLN - Nach der Entscheidung für den Abbau von 2200 Bundeswehr-Dienstposten in Köln kritisiert Andreas Wulf vom Deutschen Bundeswehrverband im Gespräch mit Martina Windrath die Stadtspitze.

Sie bezeichnen in Ihrem Brief an den Oberbürgermeister die Kritik von Jürgen Roters an der drastischen Standort-Entscheidung des Bundes als nicht nachvollziehbar. Warum?

Die Stadt hätte sich schon im Vorfeld mit den Vertretern des Bundeswehrverbands treffen und Einfluss nehmen können. Es wusste zwar niemand, wo wie viele Posten konkret betroffen sein werden. Aber klar war seit einem Jahr, dass die Truppenstärke reduziert, die Führungsebene verschlankt werden soll. Die ist in Köln und Bonn stark vertreten. Es gibt allgemein das Problem, dass die Bundeswehrangehörigen in Köln mit ihren Interessen nicht wahrgenommen werden. Anscheinend geht es der Stadtspitze vor allem um die schwindende Kaufkraft und weniger um die konkreten Nöte der Soldaten. Man hätte die Entscheidung voraussehen können. Sie hat hier kaum einen überrascht.

Hat die Bundeswehr vor Ort Ihrer Meinung nach keine Lobby?

Das ist leider so. Nur wenige wissen, dass Köln die größte Garnisonsstadt der Bundeswehr in Deutschland ist. Den Status wird sie verlieren. Hier arbeiten

noch knapp 8000 Soldatinnen und Soldaten. Es gibt Vertreter vor Ort, mit denen man im Vorfeld der Standort-Entscheidung hätte sprechen können. Ein Beispiel für fehlendes Interesse: Für eine Solidaritätsbekundung mit Soldaten auf dem Roncalliplatz am 22. Oktober kamen nicht einmal 100 Unterstützer.

Vergangenen Freitag hat sich Roters zum Informationsaustausch mit dem Standortältesten Brigadegeneral Günter Giesa im Rathaus getroffen.

Aber eben erst nach der Entscheidung. Die Stadtspitze fordert nun einen sozialverträglichen Stellenabbau mit Begleitmaßnahmen für die Beschäftigten. Aber ich frage mich, was das sein soll. Die meisten Betroffenen sind Soldaten. Die werden in der Regel versetzt. Mobilität wird von uns gefordert sein. Übrigens bin ich der Meinung, dass die Bundeswehr nur eine Zukunft hat, wenn sie sich reduziert und einen Teil der Standorte abgibt. Aber die Frage ist, wo und wie.

Als großes Problem nennen Sie den Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Genau. Ich bin Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wohnungsfürsorge Heidekaul in Raderthal und habe einen guten Einblick. Viele auch ehemalige Angehörige der Kölner Bundeswehr-Dienststellen und ihre Familien ziehen ins Umland, weil in Köln die Wohnungen für sie unbezahlbar geworden sind. Zum Beispiel in der Siedlung Heidekaul wurden voriges Jahr die Mieten drastisch erhöht.

Und was ist mit den ÖPNV-Verbindungen der Kasernen?

Seit 2005 sitzt die Stammdienststelle der Bundeswehr in Longerich, wohin ich übrigens meistens mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Süden aus fahre. Noch immer muss man über einen ein Kilometer langen und teils schlecht beleuchteten Zuweg zur Kaserne gehen. Da hat sich bis jetzt nichts gebessert.

Die Entscheidung in Berlin ist gefallen. Nun drohen drastische Einschnitte. Was wünschen Sie für die Zukunft?

Wir wünschen uns eine größere Lobby und Präsenz der Vertreter des Bundeswehrverbandes vor Ort. Mehr Wertschätzung und Engagement, zum Beispiel, wenn der 12. November als Tag der Solidarität mit der Bundeswehr eingerichtet werden soll.